

An Anja Karliczek MdB, Präsidentin des Katholischen Deutschen Frauenbundes

An Martina Enghardt-Kopf MdB, Vizepräsidentin des Katholischen Deutschen Frauenbundes

Zur Information an die übrigen Mitglieder des Bundesvorstands des Katholischen Deutschen Frauenbundes, den Landesvorstand und die Diözesanvorstände

OFFENER BRIEF zum Verhalten der Präsidentin und der Vizepräsidentin des KDFB bei der Abstimmung über den Entschließungsantrag und das „Zustrombegrenzungsgesetzes“ im Deutschen Bundestag

2. Februar 2025

Sehr geehrte Anja Karliczek, sehr geehrte Martina Enghardt-Kopf,

als Einzelmitglieder im KDFB-Bundesverband sind wir stolz auf das politische Engagement unseres Verbandes. Wir setzen uns seit jeher für Gerechtigkeit, Solidarität und Menschenwürde ein und lehnen jede Form von Rassismus, Populismus und Fremdenfeindlichkeit ab. Dies machen wir derzeit auch in unseren Stellungnahmen zur Bundestagswahl deutlich. Bereits 2020 haben wir in unserem Beschlusspapier „Demokratie stärken – dem Populismus widerstehen!“ vor dem Erstarken rechtspopulistischer und antidemokratischer Bewegungen und deren schleichender Etablierung in den gesellschaftspolitischen Alltag gewarnt. Die Unvereinbarkeit einer Mitgliedschaft in extremistischen, rassistischen oder fremdenfeindlichen Organisationen und im KDFB ist seit 2022 in unserer Satzung festgeschrieben.

Umso größer ist unsere Bestürzung darüber, dass unsere Präsidentin und Vizepräsidentin als Abgeordnete des Deutschen Bundestags am vergangenen Mittwoch und Freitag dem Entschließungsantrag und dem „Zustrombegrenzungsgesetz“ zugestimmt haben.

Nach unserem Verständnis haben Sie mit diesem Verhalten auf zweifache Weise die Werte des KDFB missachtet:

1. Der „Fünf-Punkte-Plan“ des Entschließungsantrags und das „Zustrombegrenzungsgesetz“ fordern eine Verschärfung des Migrationsrechts. Diese Verschärfung widerspricht sowohl dem im Grundgesetz verankerten Asylrecht und europäischem Recht als auch den christlichen Grundwerten und Haltungen zu Asyl und Migration, die unseren Verband prägen.

2. Bereits vor der Abstimmung über den Entschließungsantrag und den Antrag zum „Zustrombegrenzungsgesetz“ war bekannt, dass beide Anträge nur mit der Zustimmung der AfD angenommen werden könnten. Mit dem Einbringen der Anträge hat die CDU/CSU-Fraktion billigend und ohne Not in Kauf genommen, dass erstmals seit Gründung der Bundesrepublik einer in Teilen rechtsextremen Partei die Möglichkeit gegeben wird, entscheidenden Einfluss auf die Gesetzgebung unseres Landes auszuüben. Durch Ihre Zustimmung zu den Anträgen haben Sie

diese Mitbestimmung der AfD ermöglicht und den Unvereinbarkeitsbeschluss unseres Verbandes auf unerträgliche Weise ausgehöhlt.

In der KDFB-Satzung heißt es „Die Mitglieder erkennen die Ziele des KDFB an und fördern diese.“ (§6, Abs.1). Dies gilt insbesondere für unsere Präsidentin und unsere Vizepräsidentinnen, denn sie vertreten unseren Verband in der Öffentlichkeit und prägen dessen öffentliche Wahrnehmung. Mit Ihrem Abstimmungsverhalten haben Sie die Werte des Verbandes konterkariert und seiner Wahrnehmung in der Öffentlichkeit massiv geschadet. Nicht nur überlegen die ersten Einzelmitglieder, aus dem Bundesverband auszutreten. Auch außenstehende, uns bisher wohlgesinnte Menschen stellen die Glaubwürdigkeit unseres Verbandes angesichts des Verhaltens seiner Präsidentin und Vizepräsidentin infrage. Wir sehen die Gefahr, dass sich Kooperationspartner und Verbündete von uns abwenden.

Aus diesem Grund fordern wir Sie auf, sich gegenüber allen Verbandsmitgliedern und der Öffentlichkeit zu erklären und Konsequenzen aus Ihrem Verhalten zu ziehen. Uns geht es dabei nicht um parteipolitische Gründe, die Sie zu Ihrem Verhalten bewogen haben. Als Bundestagsabgeordnete sind Sie in Ihrer Meinungsbildung allein Ihrem Gewissen verpflichtet und uns keine Rechenschaft schuldig. Als Mitglieder des KDFB erwarten wir jedoch eine Erklärung, wie Sie Ihre parteipolitische Entscheidung mit Ihrer Verantwortung als höchste öffentliche Vertreterinnen des KDFB vereinbaren können. Darüber hinaus fordern wir zeitnah eine breite Diskussion in unserem Verband darüber, wie die politischen Forderungen des KDFB in Zukunft durch die Präsidentin und die Vizepräsidentinnen vertreten werden sollen.

In den letzten Tagen ist bei vielen Menschen das Vertrauen in die Glaubwürdigkeit des KDFB verloren gegangen. Tragen Sie Ihren Teil dazu bei, dieses Vertrauen wiederherzustellen!
Wir freuen uns auf die Diskussion mit Ihnen.

Erstunterzeichnerinnen:

Katharina Pomm, Apolda

Beate Hirt, Mainz

Stefanie Feder, Köln

Julia Fischeing-Wirth, Paderborn

Doris Wiese-Gutheil, Frankfurt/Main

Ursula Büsch, Heidesheim

Dr. Annegret Meyer, Holtheim

Mirjam Gräve, Bonn

Pia Aporta, Oberursel

Sigrid Isser, Offenbach

Angelika Kamlage, Leonberg

Hildegard Sanner, Hannover

Esther Göbel, Berlin

Dr. Manja Seelen, Köln

Prof'in Dr. Ulrike Gerdiken, Frankfurt/Main